

Fleißig, billig, illegal

Der Migrationsexperte Klaus J. Bade über die wirtschaftliche Bedeutung illegaler Einwanderer

DIE ZEIT: Nach dem Tod der 58 chinesischen Immigranten wird laut gestritten, welches EU-Land sie „durchschlüpfen“ ließ. Ist illegale Einwanderung nur ein Problem des Grenzschutzes und der Bekämpfung der Schleuser?

KLAUS J. BADE: Ja und nein. Die Schleuserkriminalität muss im Rahmen des gesetzlich Möglichen bekämpft werden, zumal die international vernetzten Organisationen ständig wachsen, weil Menschenschleusung und Menschenhandel heute noch lukrativer als Drogenhandel sind. Aber Grenzschutz und Polizei sind überfordert, solange dieser Kampf nicht auch politisch auf internationaler Ebene unter Einbeziehung der Herkunftsländer geführt wird. Anders kommt man an Gruppen wie die Schlangenköpfe genannten südchinesischen Triaden nicht heran. Gegebenenfalls müssen auch die Nachrichtendienste eingeschaltet werden.

Andererseits darf man bei der Verfolgung der Täter nicht gleichzeitig die Opfer diffamieren. Die Schwarzarbeit von illegalen Migranten wird ja vielfach indirekt toleriert, weil man sie braucht. Die Verfolgungsjagden, die ständig inszeniert werden, fördern eher die Fremdenfeindlichkeit als die Lösung des Problems.

ZEIT: Illegale Einwanderer gelten vielen als Belastung des Arbeitsmarktes. Was geschähe, wenn man sie aus den EU-Ländern auswies?

BADE: Ganze Branchen würden zusammenbrechen. Etwa ein Drittel der französischen Autobahnen sind von so genannten Illegalen gebaut

worden, und die Autoproduktion wird ungefähr zu einem Drittel von irregulär Beschäftigten bestritten. In Italien, insbesondere im Süden, würden Wirtschaftsstrukturen kollabieren, weil dort 20 bis 30 Prozent des Bruttosozialprodukts von Illegalen erwirtschaftet werden. In England würden die Bauindustrie und die Modebranche zusammenbrechen.

In Deutschland hätte der Regierungsumzug nach Berlin ohne illegale ausländische Bauarbeiter wohl deutlich später stattgefunden. Und viele alte Menschen, die hier von illegalen Migranten privat gepflegt werden, würden in größte Schwierigkeiten kommen. Solche Jobs werden inzwischen ganz diskret von Ärzten und Pfarrern vermittelt, weil die Versorgung über Pflegekostentarife nicht mehr zu leisten ist.

ZEIT: Welche politischen Schritte müssten daraus folgen?

BADE: Wir brauchen endlich eine europäische Einwanderungspolitik, die diesen Namen verdient. Dann können Einwanderer, die wir mit bestimmten Berufsprofilen ja durchaus brauchen, mit klaren Anforderungen konfrontiert und gegebenenfalls auf Wartelisten gesetzt werden, ohne sich durch Asylverfahren hindurchzulügen oder gar illegale Wege beschreiten zu müssen. Das wäre ein wesentlicher Beitrag zum Kampf gegen Schleuserkriminalität.

ZEIT: Einwanderung vereinfachen, um Schleuserkriminalität zurückzudrängen?

BADE: Man darf sich keine falschen Hoffnun-

gen machen. Durch Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik als solche wird das Phänomen der illegalen Zuwanderung nicht abgeschafft. Nehmen Sie das Beispiel der USA: Dieses Land hat ja nun von jeher Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik. Und bei Licht besehen, kommt der größte Teil der Immigranten heute doch auf illegalem Wege aus dem Süden in die USA.

Man muss mit einer Spannung leben lernen. Es geht um eine möglichst weitreichende Entkriminalisierung des Problems Migration. Wir brauchen einen Abbau der Feindbilder von den „illegalen Einwanderern“, bei denen in der Regel Täter und Opfer verwechselt werden. Und wir müssen den normalen Umgang mit dem Unnormalen üben. Zum Beispiel, indem man Ärzte von dem Zwang befreit, illegal hier lebende Patienten den Behörden zu melden. Oder indem man Illegalen geeignete Angebote zur Legalisierung ihres Aufenthalts macht. In Frankreich oder Italien nennt man das „Regularisation“.

Klaus J. Bade ist Professor für Neueste Geschichte und Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Er ist Mitbegründer des Rates für Migration. Im August erscheint sein neues Buch über Migration unter dem Titel „Europa in Bewegung“

Die Fragen stellte Andrea Böhm